

kriegsjahrzehnte auf Begriffe bringt, der Bundesrat das Nachsehen hatte. Jetzt, wo man ihn als Sicherungsmechanismus gegen Mehrheiten der linken Mitte hätte brauchen können, rächte sich die Mißachtung, mit der Bismarck und seitdem auch die meisten einzelstaatlichen Regierungen ihn behandelt hatten. Die faktische Reichsregierung wahrte nicht einmal mehr den Schein, was Bismarck oft noch für taktisch klug gehalten hatte, daß bei den »verbündeten Regierungen« die eigentliche Regierungsgewalt in Deutschland liege. Damit kommt Rauh zu dem bemerkenswerten Schluß, daß der Föderalismus, der anfangs Gegengewicht zum Parlamentarismus sein sollte, durch die »Ungleichzeitigkeit« der einzelstaatlichen Entwicklung und die Übertragung freundlicherer Umgangsformen aus den süddeutschen Einzelstaaten auf das Reichsparlament eher Wegbereiter als Bremsklotz der Parlamentarisierung geworden sei.

Michael Stürmer

Michael Stürmer, *Regierung und Reichstag im Bismarckstaat 1871 – 1880. Cäsarismus oder Parlamentarismus (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 54)*, Droste Verlag, Düsseldorf 1974, 376 S., Ln., 68 DM.

Folgt man dem (zweifelloso auch hier vom Autor selbst stammenden) Klappentext des Buches, so entwickelt Stürmer in seiner Studie über das »Verhältnis von Macht und Konsens [vgl. S. 231] im Bismarckstaat« die Verfassungsalternative »Parlamentarismus oder Cäsarismus« (so, allerdings in umgekehrter Reihenfolge, auch der Untertitel) aus den Bedingungen des epochalen »Übergangs zur industriellen Gesellschaft in Deutschland«. Verfassungs- und Sozialgeschichte sollen also »in Form einer Fallstudie [?]*«* miteinander verbunden worden sein (vgl. auch S. 26). Mehr noch: Stürmer möchte seine Darstellung der »Ära des ungewissen liberal-konservativen Kompromisses und des Übergangs zum neuen Equilibrium des konservativen Deutschland der 1880er Jahre« (S. 15) ausdrücklich als »praktischen Beitrag [?] zu der notwendigen Debatte um die Ortsbestimmung der Historie als kritischer Gegenwartswissenschaft und historischer Sozialwissenschaft« verstanden wissen (Vorwort, S. 7). Fürwahr kein geringes Unterfangen des Verfassers, der nach früheren Teilstudien (1969/70) mit dieser seiner überarbeiteten und ergänzten Habilitationsschrift von 1970/71 seine langjährige Beschäftigung mit Problemen des »im Feldlager von Versailles inaugurierten Reiches« (S. 16) nun zu einem gewissen Abschluß gebracht hat.

Im Zentrum der – als wohl erster eingehender Überblick über das Jahrzehnt nach der Reichsgründung informativen – Arbeit steht »das den vorgegebenen, verhältnismäßig stabilen gesellschaftlichen und verfassungsmäßigen Rahmen [des Bismarckreichs] ständig in Frage stellende Wechselverhältnis der in den politischen Parteien repräsentierten sozialen Gruppen, wirtschaftlichen Interessen und ideologischen Wertsysteme zueinander, vor allem aber zur preußisch-deutschen Staatspolitik« (S. 12). Mit guten Gründen geht Stürmer von einer zumindest partiell »offenen« Entwicklung aus, verwirft also rigorose Präjudizien im Sinne einer »zwangsläufigen« Tendenz des politisch-sozialen Systems Preußen-Deutschlands zur »Stabilisierung auf monarchisch-bürokratischer Basis« (S. 18). Wohl sieht Stürmer den historischen »[Bezugs-]Rahmen« seiner Arbeit von einem »[Wirkungs-]Dreieck von Staatsstreichdrohung, Parlamentarisierung und Revolutionsfurcht« abgesteckt (S. 21; s. a. S. 23). Daher zweifelt er – im Hinblick vor allem auf die Entwicklung seit den 80er Jahren – nicht nur an der »immer wieder vertretenen These einer fortschreitenden Parlamentarisierung und damit einhergehenden Demokratisierung des deutschen Konstitutionalismus« für die Bismarckzeit (S. 19) und betrachtet den Verzicht des »bürgerlichen Liberalismus« auf eine »Rochade« zur Anpassung an die durch den Aufstieg der Arbeiterbewegung entstandene »neue Konstellation klassenpolitischer Gegensätze« sogar als »historische Stunde des cäsaristischen Lösungsversuchs« (S. 22; vgl. u. a. S. 128 ff., 155, 230, 291 ff., 311 ff.

und 322 ff.). Doch hindert ihn dies nicht an der hypothetischen Annahme einer »latenten Verfassungskrisis der 1870er Jahre«, die angesichts des parlamentarischen Übergewichts des »industriell führenden Großbürgertums liberaler und gemäßigt konservativer Prägung« jedenfalls anfänglich die Möglichkeit »maßgeblichen, personell und institutionell abgesicherten Mitregiments« enthalten habe (S. 18).

Dieser perspektivische Ansatz ist nach den scharfsinnigen Aufrissen von W. Sauer (1962) und R. Wahl (1972) nun zwar nicht originär, hält dem Verfasser aber den Blick für eine Fülle verfassungs- und sozialgeschichtlicher Teilereignisse und -prozesse offen (vgl. S. 24 und 26) und ist somit eine grundlegende Voraussetzung für seinen Versuch einer ebenso groß angelegten wie minutiösen Analyse der politisch-gesellschaftlichen »Kräfteverteilung« (S. 20; vgl. S. 23 ff.) des »Bismarckstaates« zwischen dem deutsch-französischen Krieg und dem »großen, Politik und Wirtschaft umgreifenden Umschwung der Jahre 1878/79« (S. 25). Eine andere wichtige Voraussetzung sind die breite Materialgrundlage aus Ministerial-, Kabinetts- und anderen Archivalien, zahlreichen Nachlässen, Memoiren und Parlamentsprotokollen sowie die im ganzen ausgedehnte Literaturkenntnis des Verfassers. Daß die periodische Presse – übrigens kommentarlos – so gut wie ausgespart ist, d. h. nur selten und auch dann nur »aus zweiter Hand« berücksichtigt wurde, muß trotz des vorrangigen Interesses für die »Ebene der Entscheidungsbildung zwischen Regierung und Reichstag« (S. 25) allerdings als irritierende Lücke vermerkt werden, jedenfalls bei Abschnitten wie »Die Liberalen, das Septennat und die Mobilisierung der Öffentlichkeit« (S. 118 ff.; s. a. S. 267 f.).

Der Aufbau der Untersuchung, deren einzelne Teile gedanklich gut miteinander verbunden sind, folgt in der Hauptsache den Wahlperioden des Reichstags (vgl. S. 25). Infolgedessen beginnt die Arbeit nach einigen mehr diskursiven Erörterungen der »Voraussetzungen des Systems Bismarck« (S. 29 ff.) mit einer Analyse der innenpolitischen Ausgangskonstellation der »liberalen Ära in den Parlamenten« (Teil I) nach den Märzahlen von 1871, um dann die Entstehung eines »neuen Machtgefüges« zwischen »Bismarck, dem preußischen Staatsministerium und der nationalliberal-freikonservativen Reichstagsmehrheit« herauszuarbeiten, ermöglicht durch das »Scheitern der konservativen Opposition und eine Labilität aller verfassungsmäßigen Institutionen« (S. 105). Dabei untersucht Stürmer sowohl Bismarcks »Herrschaftstechnik« (vgl. u. a. S. 96 f.) als auch die »Mechanismen« der durchaus möglichen, wenngleich weitgehend informellen Einflußnahme der »Reichsgründungsparteien« auf die Politik von Reichskanzleramt und Staatsministerium und zeigt auf diese Weise, daß das verfassungstheoretische »Problem der Parlamentarisierung« (vgl. dazu bes. auch S. 300 f.) zunächst »in der politischen Wirklichkeit keine beherrschende Stellung« mehr hatte (S. 108; vgl. S. 111 f.). Wie die von den »ungelösten Widersprüchen des preußisch-deutschen Konstitutionalismus« gebildete »graue Zone der Verfassung« nach den Januarwahlen 1874 (»eine Art von Plebiszit über die liberale Ära« [S. 114]) schließlich zum Objekt eines Ringens wurde, das mit der »konservativen Neugründung des Reichs von oben« im Jahre 1878 endete (S. 112), untersucht Stürmer primär unter dem Gesichtspunkt »Sog der Depression« (S. 114 ff.). Damit stellt er sich die anspruchsvolle Aufgabe, vor allem den postulierten Zusammenhang der nachhaltigen Veränderungen des politischen Systems in den Jahren der »Verfassungskrisis« 1874 ff. (S. 112; vgl. S. 142 ff.) mit dem immerhin als »Hintergrund der großen Zäsur von 1878/79« (S. 159) angesehenen konjunkturellen Abschwung wie den begleitenden sozialen Konflikten nicht nur vorauszusetzen oder in großen Zügen zu beschreiben, sondern im Detail auch sichtbar zu machen: also zu zeigen, wie der »jahrelange, erbitterte Kampf um die Prinzipien der Handels-, Finanz- und Wirtschaftspolitik [...] über die politisch-soziale Bauform des Deutschen Reiches entschied« (S. 155). Die Bewältigung dieser gewiß eminent schwierigen Aufgabe der *Vermittlung* zwischen ökonomisch-sozialen und staatspolitischen Faktoren gelingt jedoch

nur ansatzweise (vgl. z. B. S. 147 ff. und 188 ff.), zumal Stürmer eigene Vermittlungsbe-mühungen in manchen zentralen Passagen (vgl. z. B. S. 156 ff.) durch die auf räumlich und zeitlich z. T. ja sehr viel weitere Zusammenhänge zugeschnittenen Globalaussagen Hans Rosenbergs substituiert (ohne übrigens die Vorbehalte der neueren wirtschaftsgeschichtlichen Forschung, z. B. K. Borchardts [1972] und F. W. Hennings [1973], wenigstens anmer-kungsweise noch zu bedenken).

Hat Stürmer im ersten Teil seines Buches also – was den Begründungszusammenhang be-trifft – nur bedingt überzeugend dargetan, daß die vom ›bürgerlichen Liberalismus‹ auf-geworfene »Parlamentarisierungsfrage [vgl. bes. S. 152] und mit ihr der Kampf um das Verhältnis von Macht, Recht und Moral im staatlichen Leben im Zeichen des [depressions-begünstigten] Interventionsstaates und seines Potentials an sozialökonomischer Beschwich-tigung die [frühere] politische Sprengkraft« verloren hatten (S. 178; vgl. S. 155 f. und 183), so verfolgt er in Teil II die allmähliche Deprivation der »liberalen Parlamentstheorie« (S. 183; vgl. bes. S. 229 f.). Im einzelnen befaßt er sich mit dem Übergang zur »großen konservativen Wendung am Ende der 1870er Jahre« (S. 145 ff.), d. h. mit dem innen-politischen Kurswechsel seit der »entscheidenden Kräfteverschiebung nach rechts« am 10. Jan. 1877 (S. 183 ff.), und untersucht zuletzt Bismarcks offenen »Kampf gegen das Parlament« (S. 231 ff.) nach der Wahl vom Juli 1878, die die planmäßige Sammlungs-politik des Kanzlers (vgl. bes. S. 190 und 196) im Zeichen einer breiten parteipolitischen »Solidarität der Angst« (S. 186; vgl. u. a. S. 15, 20 f., 216, 231, 294 f. und 327) vor der aufsteigenden Sozialdemokratie absicherte. Daß und wie der »Solidarprotektionismus von Großgrundbesitz und Schwerindustrie, begründet in der ›Großen Depression‹ und zemen-tiert durch die Angst vor dem roten Gespenst, [. . .] zur wirtschaftlichen (?) Basis für die Weiterführung und Vollendung einer konservativen Politik im Stil der ›Revolution von oben‹« wurde (S. 191; vgl. u. a. S. 213 und 228 f.), versucht Stürmer durch genaue Nach-zeichnung der Etappen der Bismarckschen Parlamentspolitik erkennbar zu machen. Er be-müht sich – im ganzen erfolgreich – um Freilegung des Beziehungsgeflechts von Wirtschafts-bzw. Finanzpolitik und Verfassungswandel und betont die (an sich ja bekannte) Integra-tionsfunktion des Sozialistengesetzes, seine mediale Bedeutung für die antiparlamentarisch-antiliberalen, bis zu Staatsstreichgedanken erweiterte Strategie Bismarcks stärker als bisher (vgl. S. 216 ff.).

Leider ist Stürmer dabei trotz mancher gegenläufiger Detailbeobachtung weitgehend der Versuchung erlegen, in Bismarcks Politik eine geradezu teleologische Zielstrebigkeit hinein-zuinterpretieren (und dies gelegentlich mit frappierend einseitig-kurzschlüssigen Aussagen zu verbinden, z. B. S. 232 über die Motive der Bismarckschen Sozialpolitik). Nicht nur ist ihm die heuristisch durchaus nützliche Verwendung von Rastern wie ›Parlamentarismus‹ und besonders ›Cäsarismus‹ in ihrer alternativen Zuordnung (vgl. bes. S. 297) unter der Hand zur methodisch einzig denkbaren geraten. Vielmehr ist es ihm trotz gegenteiliger Überlegungen (vgl. bes. S. 291) häufig auch nicht gelungen, sich aus der Gefahrenzone der Verwechslung von idealtypischem Konstrukt und empirisch aufweisbarem Sachverhalt (S. 323: »historischer Realtypus«) herauszuhalten. Das diagnostizierte Ergebnis der unter-suchten Entwicklung – »plebiszitär legitimierter Neu-Absolutismus (?)« (S. 17; vgl. u. a. S. 22 f. und 296) – erscheint folglich am Ende wenn nicht als historisch »unausweichlich« (S. 18), so doch eindeutig als Produkt einer nur verfassungstheoretisch offen gebliebenen (vgl. S. 291), faktisch aber mit allen Mitteln virtuoser Herrschaftshandhabung in Politik umgesetzten Option des »charismatischen Ersatzmonarchen« Bismarck (S. 23) für die »epochaltypische Alternative zum bürgerlichen Parlamentarismus« (S. 297), für die »cäsari-stische Transformierung der Realverfassung« (S. 239) mit ihrer Deformation des Parteien-systems und aller »bisher geltenden politischen Werte und positiven Sozialnormen« (S. 258).

Von daher ist es zweifellos folgerichtig, die »entscheidende, in ihren langfristigen Konsequenzen aber bedenkliche Leistung« Bismarcks darin zu sehen, daß er die »übermächtigen Prozesse des sozialen und wirtschaftlichen Gestaltwandels in der Phase der Depression für die Erhaltung einer vorindustriell-agrarischen Macht- und Wertehierarchie zu nutzen und einzusetzen verstand« (S. 146). Der »Epilog« Stürmers über »Das zerbrochene Haus« (S. 289 ff.) ist im Grunde »nur« noch eine ins historisch-politisch Prinzipielle ausgeweitete Explikation dieser These. Verflüchtigen sich Gedankengang und Sprache (Metaphern!) dabei wiederholt ins Visionär-Nebulöse (vgl. etwa S. 298 ff.), so enthalten doch auch diese (vielleicht zu weit) ausgreifenden Schlußausführungen neben allzu bekannten Vereinfachungen (vgl. z. B. S. 303 f. über die angebliche politische Entscheidung des »rechten Flügels des Bürgertums«) einige treffende Beobachtungen (vgl. z. B. S. 330 f.), so daß auch derjenige sie mit Interesse lesen wird, der Stürmer auf dem angedeuteten Weg methodisch und inhaltlich nicht oder nur mit Vorbehalten zu folgen vermag. Ulrich Engelhardt

Klaus Saul, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik¹ des Wilhelminischen Deutschland. 1903 - 1914 (= Studien zur modernen Geschichte, Bd. 16), Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974, 620 S., Pb., 75 DM.

»Nachhaltiger als jede Gesetzgebung prägte der Kleinkrieg der Behörden, der Justiz und Arbeitgeberorganisationen sowie die gesellschaftliche Diskriminierung das Bewußtsein der Arbeiter vor 1914 und schuf jene ›Verbitterungsstimmung‹, die noch bis weit in die Weimarer Zeit nachwirkte« (S. 10).

Dieses Hauptergebnis der Untersuchung wird als Einführung der Darstellung vorausgestellt und aufgrund einer breiten Quellenbasis außerordentlich gut belegt. Mit dieser Arbeit kann die bisher immer noch als Standardwerk geltende Darstellung K. E. Borns »Staat und Sozialpolitik seit Bismarcks Sturz« als überholt gelten. Die Enge der Studie Borns, bedingt durch die Konzentration auf den schmalen Sektor der Gesetzgebungsarbeit, der Reichsregierung und des Bundesrates, der daraus folgenden »Personalisierung der Entscheidungsprozesse« und der »Überbewertung des Handlungsspielraumes der Reichsleitung« (S. 8) überwindet Saul durch die Erschließung neuer Quellenbestände: Staatliches Archivgut und zeitgenössische Publizistik werden gleichwertig berücksichtigt. Das bereits erwähnte Hauptergebnis ist Beweis genug, daß es bei diesem Thema nicht ausgereicht hätte, die Archive der Reichsämtler und der preußischen Ministerien durchzusehen. Es mußte auch – wie Saul dies getan hat – auf die Verwaltungsakten der regionalen Staatsarchive zurückgegriffen werden. Auf diese Weise konnte die gesamte Breite der »Politik der Nadelstiche« in Preußen und in den anderen Bundesstaaten ebenso nachgezeichnet werden wie die in den antisozialistischen Kampf einbezogene Rechtsprechung. »Die Bildung der antisozialistischen Kampforganisationen der Unternehmer, die Abschirmung weiter Volkskreise gegen die ›sozialistische Verseuchung‹ und [...] das Problem der Klassenjustiz« sind die drei zentralen Untersuchungsgegenstände, die am Beispiel der Auseinandersetzung um das Koalitionsrecht entwickelt werden.

Die Untersuchung beginnt mit dem Wahlsieg der Sozialdemokratie von 1903, der die Parteien, Verbände und Regierungen zu neuen Überlegungen im antisozialdemokratischen Kampf veranlaßte. Die Alternativen reichten von den wieder aufgenommenen Staatsstreichplänen zur Abschaffung des Reichstagswahlrechts bei der politischen Rechten und ihren Verbänden der Schwerindustrie (CDI) und des Großgrundbesitzes (BDL) bis zu den Vorschlägen der Sozialreformer und Kathedersozialisten, die im Bunde mit den christlichen

¹ Das Buch ist mit dem falsch ausgedruckten Untertitel »Außenpolitik« statt »Sozialpolitik« im Handel.